



| Der Landesschüler*innensprecher

Kiel, der 18. Juni 2025

LSV BS SH | Brunswiker Str. 16-22 | 24105 Kiel

An:
siehe Mailverteiler

PRESSEMITTEILUNG

Medienkompetenz statt Verbotskultur!

Auch in der jetzt abgeschwächten Form bleibt ein Handyverbot die falsche Antwort auf eine ernsthafte Frage: Wie lässt sich der Medienkonsum junger Menschen steuern? Jedenfalls nicht mit Verboten für Handys in Schulen und sozialen Medien im Alltag.

Wir begrüßen, dass das Verbot die Oberstufen und die berufsbildenden Schulen nicht erfasst. Allerdings müssen die Grundlagen für echte Medienkompetenz bereits früh gesetzt werden, damit Jugendliche auch in den oberen Klassenstufen mit digitalen Geräten umgehen können. Denn die Gefahren von gewaltverherrlichenden Inhalten, Pornographie und vor allem extremistischer Propaganda verschwinden ja nicht nach Klassenstufe 9 plötzlich.

Das Verbot wird das Problem des ungebremsen Medienkonsums schon deshalb nicht lösen können, weil es zum Beispiel andere Endgeräte wie Tablets nicht erfasst, die die Schulen ja bewusst in den Klassen sehen wollen. Allerdings können diese in gleicher Weise wie Handys genutzt werden und könnten ein Handy, das auf dem Pult der Lehrkraft liegt vom Schülerplatz aus fernsteuern.

Der Landesschülersprecher dazu:

*“Das schwarz-grüne Verbot bleibt letztlich Symbolpolitik, weil es im Grunde nichts neues beinhaltet. Lehrkräfte können bereits jetzt die Handynutzung im Unterricht untersagen. Würde man jede*r Schüler*in ab beispielsweise Klassenstufe 7 ein schulisches Gerät zur Verfügung stellen, könnte man private Endgeräte auch aus dem Unterricht verbannen. Solange private Geräte aber genutzt werden sollen, weil das Land die Mittel für Leihgeräte nicht zur Verfügung stellt, bleibt das Verbot im Kern sinnlos.“*

Völlig absurd wird es, wenn Herr Balasus eine Änderung des Schulgesetzes in Aussicht stellt. Diese würde den Schulen die bisherige Flexibilität rauben und das Verbot allen mit der Brechstange aufzwingen. Auch die hier jedenfalls eingeschränkten Persönlichkeitsrechte der Schüler*innen müssen Beachtung finden.

Für uns steht fest: Anstatt digitale Medien zu verteufeln mit Verboten um sich zu werfen, sollten die regierungstragenden Fraktionen lieber für mehr echte Medienbildung in den Schulen sorgen. Denn Kompetenz entsteht durch Übung, nicht durch künstliche Verbote.

Wenn Herr Balasus fordert „Lernen statt ablenken“, dann antworten wir „Fördern statt verbieten“.

Für Rückfragen wenden Sie sich gerne per Mail unter elias.goerth@bs.schuelervertretung.de oder telefonisch unter +49 1511 4908052 an den Landesschülersprecher, Elias Görth.